



Haushalts- und Finanzausschuss

65. Sitzung (öffentlich)

10. September 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1	Gespräch mit dem Vorstand der Portigon AG (s. Anlage 1)	8
	<u>In Verbindung mit:</u>	
12	Sachstand Cum-Ex-Ermittlungen bei der Portigon AG (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 5])	
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/3832	
	– Bericht durch die Portigon AG	8
	– Wortbeiträge	14

- 2 Bildungsgerechtigkeit herstellen und Lehrkräftemangel gemeinsam bekämpfen – Alle Akteure an einen Tisch!** **25**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7541
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an ASB)
- Wortbeiträge 25
- Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den Antrag ab.
- 3 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten 2020“** **26**
- Vorlage 17/3791
Drucksache 17/10799
- Wortbeiträge 26
- 4 Gesetz zur Isolierung der aus COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften** **27**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/9829
Ausschussprotokoll 17/1093 (Anhörung vom 21.08.2020)
- Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10200
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AHKBW)
- Wortbeiträge 27
- Mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimme der AfD sowie bei Stimmenthaltung der SPD stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag zu.
- Mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimme der AfD sowie bei Stimmenthaltung der SPD stimmt der Ausschuss dem geänderten Gesetzentwurf zu.

5 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen 29

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9801

– Verfahrensabsprache (Beteiligung an Anhörung des federführenden HPA)

– Wortbeiträge 29

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung
im federführenden Ausschuss zu beteiligen.

6 Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses gemäß § 31 Abs. 2 Nachtragshaushaltsgesetz 2020 zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise 30

Vorlage 17/3841

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD: Bereitstellung von Mitteln für
lokale Bürgerzentren freier Träger (s. *Anlage 2 Ziffer 7*)

Vorlage 17/3814

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD: 12 Mio. Euro für Projekte zur
Verringerung des Abstands zwischen bildungsnahen und bildungsfernen
Schülerinnen und Schüler (s. *Anlage 3 Ziffer 1*)

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD: 70 Mio. Euro Weiterbildungs-
einrichtungen in anderer Trägerschaft (als der Kommunen) (s. *Anlage 3
Ziffer 2*)

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD: Verlängerung des Programms
für gemeinnützige Vereine des Brauchtums bis zum 1. März 2021 und
Aufstockung um 10 Mio. Euro (s. *Anlage 3 Ziffer 3*)

– Wortbeiträge 30

Vorlage 17/3841 „Außerschulische Bildungs- und Betreuungsangebote in Coronazeiten im Jahr 2020“ 30

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/3841 zu.

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „Bereitstellung von Mitteln für lokale Bürgerzentren freier Träger“ (s. Anlage 2 Ziffer 7) 32

Vorlage 17/3814

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD ab.

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „12 Mio. Euro für Projekte zur Verringerung des Abstands zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Schülerinnen und Schüler“ (s. Anlage 3 Ziffer 1) 32

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen sowohl bei Stimmenthaltung der AfD lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD ab.

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „70 Mio. Euro Weiterbildungseinrichtungen in anderer Trägerschaft (als der Kommunen)“ (s. Anlage 3 Ziffer 2) 33

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen sowohl bei Stimmenthaltung der AfD lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD ab.

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD „Verlängerung des Programms für gemeinnützige Vereine des Brauchtums bis zum 1. März 2021 und Aufstockung um 10 Mio. Euro“ (s. Anlage 3 Ziffer 3) 33

Mit den Stimmen von CDU und FDP sowie gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD lehnt der Ausschuss die Verlängerung des Programms bis zum 1. März 2021 ab.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen sowie bei Stimmenthaltung der AfD lehnt der Ausschuss die Aufstockung des Programms um 10 Millionen Euro ab.

7 Länderöffnungsklausel für eine zukunftsfähige Grundsteuer in NRW nutzen – Bodenwertmodell jetzt umsetzen 38

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/10625

In Verbindung mit:**Sachstand Grundsteuer** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3834

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung im Umfang von zwei Sachverständigen pro Fraktion.

– Wortbeiträge 38

- 8 Nein zu Enteignungsphantasien, zu einmaligen Zwangsvermögensabgaben und zu einer Wiedererhebung der Vermögenssteuer. Diskussionen über derartige Maßnahmen sind Gift für einen notwendigen Aufschwung nach der Corona-Krise** 40

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9376

– Wortbeiträge 40

- 9 Abfluss der Mittel für die Ruhrkonferenz** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*) 42

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3830

– Wortbeiträge 42

- 10 Sachstand Bundesratsinitiative Grunderwerbsteuer** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*) 44

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3831

– Wortbeiträge 44

11	WestSpiel-Privatisierung (<i>Bericht beantragt von der Fraktion der SPD</i> <i>[s. Anlage 4]</i>)	46
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/3833	
	– Wortbeiträge	46
13	Verschiedenes	50

* * *

8 Nein zu Enteignungsphantasien, zu einmaligen Zwangsvermögensabgaben und zu einer Wiedererhebung der Vermögenssteuer. Diskussionen über derartige Maßnahmen sind Gift für einen notwendigen Aufschwung nach der Corona-Krise

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9376

(Überweisung des Antrags Drucksache 17/9376 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 29.05.2020)

Herbert Strotebeck (AfD) begründet, Ausgangspunkt für den Antrag sei die Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags am 9. April 2020 zur Verfassungsmäßigkeit einer Vermögensabgabe zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie.

Für die Coronapandemie seien auf Länder-, Bundes-, EU-Ebene zwischenzeitlich Billionen verabschiedet und zum großen Teil ausgegeben worden. Nordrhein-Westfalen habe bekanntlich in einem einmaligen gemeinsamen Kraftakt weitestgehend unbürokratisch ein Hilfspaket von 25 Milliarden verabschiedet. Die Umsetzung funktioniere Dank der engagierten Mitarbeiter vor Ort, wobei die 25 Milliarden zweckgebundenen Schulden innerhalb von 50 Jahren zurückgezahlt würden.

Als er am 19. Mai 2020 in seiner Rede darauf hingewiesen habe, dass diese Hilfspakete natürlich getragen und auch zurückgezahlt werden müssten, habe unter anderem eine Rednerin ziemlich entrüstet und fast vorwurfsvoll gesagt, dass die Gelder natürlich zurückgezahlt werden müssten, dass selbstverständlich starke Schultern auch mehr tragen müssten und dass das Grundgesetz schon jetzt die Möglichkeit einer Enteignung durchaus vorsehe.

Privateigentum und der Schutz des Vermögens vor staatlichen Übergriffen stellten Kernelemente der individuellen Freiheit im Rahmen der wirtschaftlichen Ordnung, der sozialen Marktwirtschaft und der politischen Grundordnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dar. Dafür sei die Freiheit des Einzelnen unabdingbar. Und natürlich führten diese Debatten zur Verunsicherung bei allen wirtschaftlichen Akteuren, insbesondere bei dem die Wirtschaft tragenden Mittelstand.

Er bitte darum, sich einmal mit den Gruseligkeiten in der Ausarbeitung des Deutschen Bundestags vom 9. April 2020 und dem Lastenausgleichsgesetz von 1952 – er empfehle hier die §§ 16 bis 227 – zu beschäftigen. Spätestens dann werde man die Anforderung seiner Fraktion an die Landesregierung verstehen, sich gegen jegliche Initiative zur Wiedererhebung der Vermögenssteuer, zur Einführung von anderen einmaligen Vermögensabgaben und zur Durchführung von Enteignungen im Bundesrat und gegenüber anderen Akteuren, zum Beispiel der Europäischen Union, einzusetzen und

alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Vertrauen in den Investitionsstandort Nordrhein-Westfalen mit geschütztem Eigentum zu stärken.

Dies sei der Inhalt des Antrags. Es werde so sein wie immer, es werde niemand etwas dazu sagen. Aber wenn man sich damit beschäftige, einmal darüber nachdenke und etwas Eigenes in diese Richtung konzipiere, dann hätte man schon eine Menge erreicht.

Vorsitzender Martin Börschel geht davon aus, dass vor einer Beschlussfassung das Votum des mitberatenden Ausschusses abgewartet werde. – **Herbert Strotebeck (AfD)** ist damit einverstanden.